

NATIONALRAT
Wintersession 2019

Fragestunde vom 9. Dezember 2019

(Art. 31 des Geschäftsreglementes)

Departement des Innern

19.5561 Egger Mike. Gegrillte Vorschriften?

Die gesetzlichen Vorschriften in der Schweiz verlangen neu eine gesetzliche Kontrolle für kommerziell eingesetzte Gasgrills.

- Wie begründet sich der Erlass dieser Vorschrift?
- Sind die jährlichen Kontrollen/Zertifizierungen von Gasgrills, die an öffentlichen Veranstaltungen verwendet werden für die Prävention von Unfällen tatsächlich wirksam?
- Wie viele Unfälle mit Gasgrills wurden bei öffentlichen Veranstaltungen in der Schweiz vor und nach der Einführung dieser Vorschrift registriert?

19.5569 Flach. Warum werden erfahrene Apothekerassistenten durch überspitzten Register-Formalismus aus unserem Gesundheitssystem entfernt und damit durch ausländische Kräfte ersetzt?

Gemäss MedBG müssen Personen, die einen universitären Medizinalberuf ausüben, im Medreg eingetragen sein. Ziel war es, Hochstapler zu entlarven, die sich zu Unrecht als Ärzte ausgeben. Das BAG verweigert nun aber auch Apothekerassistenten die Eintragung in das Register und verunmöglicht diesen damit die weitere Ausübung jener Tätigkeit, zu welcher sie vom BAG vor 30 Jahren explizit ermächtigt worden waren. Will der Bundesrat diese erfahrenen Berufsleute wirklich aus dem Gesundheitssystem werfen?

19.5591 Feri Yvonne. Recht von Kindern auf eine Erziehung ohne Gewalt

Die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen EKKJ hat den Bundesrat Ende November 2019 aufgefordert, unverzüglich zu handeln, um das Recht von Kindern auf eine Erziehung ohne Gewalt in allen Regionen der Schweiz endlich unmissverständlich zu gewähren.

1. Wie wird der Bundesrat die von der EKKJ vorgeschlagenen Massnahmen umsetzen?
2. Mit welchen Massnahmen kann das implizierte Züchtigungsrecht aus der Rechtsprechung verbannt werden?

19.5613 Gysi Barbara. Darf eine Begleitperson zu einem Gutachtengespräch mitkommen?

Für schwierige Gespräche mit der KESB regte der Bundesrat die Mitnahme einer Begleitperson an (18.3857). Eine IV-Begutachtung stellt ebenfalls eine hohe Belastung für Betroffene dar. Einige möchten daher eine Vertrauensperson zum Gespräch mitnehmen. In vielen Fällen wurde dies verweigert. Von Vertretern kantonaler IV-Stellen war jedoch auch schon zu hören, dies sei grundsätzlich möglich. Wie sieht der Bundesrat die entsprechende Rechtslage?

19.5623 Humbel. Revision HMG. Bringt VITH mehr Kosten statt mehr Transparenz?

Das HMG regelt geldwerte Vorteile. Die VITH tritt am 1. Januar 2020 in Kraft. Wegen Umsetzungsschwierigkeiten der Neuregelung dürften Rabatte wegfallen, was insbesondere für Spitäler zu erheblichen Mehrkosten führen wird.

- Wie beurteilt der Bundesrat diese Befürchtung der Spitäler?
- Wie beurteilt er die Umsetzung der VITH für Spitäler, Apotheken und selbstdispensierende Ärzte zeitlich und materiell?
- Liegen dem BAG entsprechende Vereinbarungen vor?
- Ist die VITH mit den Akteuren abgesprochen worden?

19.5629 Roduit. Zugang zu Gebäuden für Menschen mit einer Behinderung

Unlängst haben einige Kantone die Zahl der Gebäude, die für Menschen mit einer Behinderung zugänglich sind, erhoben. In seiner Antwort auf die Interpellation 19.3524, in der verlangt wird, dass ein Monitoring der Umsetzung des

Behindertengleichstellungsgesetzes stattfindet, hat der Bundesrat bekräftigt, dass er die Behindertenpolitik stärker als Querschnittsaufgabe von Bund und Kantonen verankern will.

- Welche Unterstützung lässt der Bundesrat den kantonalen Projekten zukommen?
- Ist vorgesehen, in dieser Angelegenheit kaum tätige Kantone zu mehr Engagement anzuregen?
- Ist eine Zusammenführung der erhobenen Daten vorgesehen?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport**19.5574 Meyer Mattea. Militärdienstpflicht-Verordnung anpassen, damit auch Väter im Militär zwei Wochen Vaterschaftsurlaub haben**

In der Herbstsession 2019 hat das Parlament zwei Wochen Vaterschaftsurlaub zugestimmt. Diese gelten nicht für Väter im Militärdienst. Ob Männer aufgrund der Geburt ihres Kindes den Wiederholungskurs verschieben können, hängt damit von der Willkür ihrer Vorgesetzten ab. Der Wille des Parlaments war aber klar: Alle Männer sollen nach der Geburt ihres Kindes in Zukunft mindestens zwei Wochen zuhause bleiben. Ist der Bundesrat bereit, die Militärdienstpflicht-Verordnung entsprechend anzupassen?

19.5583 Zuberbühler. Diversity Management versus generelle Wertschätzung der Angehörigen der Armee

- Wieso wird die Förderung der "Diversity" mittels eigens dafür designierten Stelle im Pers A als wichtiger eingestuft, als eine generelle Solderhöhung für die AdA?
 - Ist es nicht so, dass das Diversity Management den traditionell dienst-unwilligen Gruppierungen zu Gute kommt, welche in der Armee kaum vertreten sind?
 - Wie viele AdA erhielten im Jahr 2018 Sold ausbezahlt?
- Wie viele "betreute" Diversity-AdA gab es seit dem 1. April 2019?
- Was ist symbolischer: Diversity Management oder der Sold?

19.5595 Seiler Graf. Finanzielle Unterstützung Militärflugplätze

Das VBS braucht diverse Militärflugplätze nicht mehr und hat solche teilweise oder ganz verkauft. Gleichwohl fliessen aus dem VBS-Budget jährlich Gelder an zivile Flugplatzbetreiber/-besitzer.

- Wie viel bezahlt das VBS 2019 pro Flugplatz
- a. im Fall von noch nicht zivil ungenutzten Militärflugplätzen?
- b. im Fall von ungenutzten Militärflugplätzen?
- Wie viel bezahlen zivile Flugplatzbetreiber bzw. -nutzer im 2019 pro Flugplatz als Nutzungsentgelt von (Noch-)Militärflugplätzen an den Bund?

19.5596 Seiler Graf. Beratungsfirma einer der Kampfjet-Anbieter erhält Einblick in VBS-interne Abläufe

Laut Mitteilung vom 24. Oktober 2019 beauftragte das VBS "Deloitte Consulting AG", die Abläufe für die Beschaffung von Rüstungsgütern zu analysieren.

- Ist dem Bundesrat bekannt, dass Boeing, die mit der Super Hornet an der Ausschreibung für Air2030 teilnimmt, zu den Hauptkunden von Deloitte gehört?
- Wie schliesst er aus, dass Deloitte Zugang zu internen Vorgängen, Prozessen und Zuständigkeiten bei der Vergabe von Rüstungsaufträgen erhält, die Boeing einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz verschafft?

Finanzdepartement**19.5575 Meyer Mattea. Pro Libertate bezieht gratis Dokumente des Bundes und verkauft diese weiter?**

Die Lobby-Organisation "Pro Libertate" hat schon wiederholt Dokumente zum Verkauf angeboten, die sie zuvor gratis beim Bund bezogen hat. So bietet Pro Libertate den Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) "Sicherheit Schweiz 2019" zum Preis von 10 Franken an.

Laut Auskunft des VBS gebe "es leider keine Handhabe, dies zu unterbinden: Es ist zwar unschön - aber eben nicht verboten".

Wird der Bundesrat solchen Trickereien den Riegel schieben?

19.5576 Estermann. Steigert die wachsende öffentliche Verwaltung die Zuwanderung?

1. Inwiefern hat das Personal- und das überdurchschnittliche Lohnwachstum der staatsnahen Betriebe in der Schweiz die Zuwanderung aus der EU angetrieben?
2. Wie viele Zuwanderer (aufgeschlüsselt nach Jahr, Nationalität, Grenzgänger oder Wohnsitz in der Schweiz) wurden seit 2002 in der öffentlichen Verwaltung (aufgeschlüsselt nach Branchen eingestellt)?

19.5580 Büchel Roland. OECD-Besteuerung ("Besteuerung der digitalen Wirtschaft"). Änderung von Prinzipien zum Nachteil der Schweiz

Das neue OECD-Besteuerungsprojekt stellt verschiedene Grundsätze der liberalen Marktwirtschaft in Frage. Offenbar gelingt es der Schweiz nur schwerlich, ihren Interessen in diesem Gremium Nachdruck zu verleihen.

1. In welchen Bereichen hat die OECD in den letzten fünf Jahren der Entwicklung der Schweizer Wirtschaft geholfen und folglich das Schweizer Steuersubstrat erhöht?
2. Ist der Bundesrat auch der Ansicht, dass die Schweiz den Austritt aus der OECD prüfen müsste, zumindest als Variante?

19.5630 Gutjahr. Doppelte Rückerstattung der Verrechnungssteuer

Gemäss Recherchen bestehen Ungereimtheiten bezüglich Auszahlungen von Rückerstattungen der Verrechnungssteuer.

Es stellen sich daher folgende Fragen:

- Wie viele doppelte Rückerstattungen der Verrechnungssteuer hat es in den letzten 5 Jahren gegeben?
- Falls es falsche Auszahlungen gegeben hat, wie war das Vorgehen bezüglich der Rückforderung?
- Wurde auf den fälschlicherweise ausbezahlten Beträgen ein Verzugszins verrechnet?
- Wie hoch sind die aktuellen Ausstände?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung**19.5562 Heer. WEF. Einschränkung der Medienfreiheit**

Das WEF hat der WOZ die Akkreditierung verweigert, obwohl diese den Antrag fristgerecht eingereicht haben. In Anbetracht der Tatsache, dass das WEF massgeblich mit Steuergeldern unterstützt wird (Sicherheitskosten), ist eine solche Verweigerung aus staats- und medienpolitischen Gründen unhaltbar. Dass das Kontingent an Akkreditierungen angeblich ausgeschöpft sei, kann nur als Verschleierung betrachtet werden.

Wird der Bundesrat beim WEF intervenieren, um die Zensur gegen die WOZ aufzuheben?

19.5572 Molina. Steht der Anspruch die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland zu vertiefen im Widerspruch zur Sistierung der RuBeKa-Verhandlungen anlässlich der Krim-Annexion?

Seit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland ruhen die Gespräche mit der Zollunion Russland/Belarus/Kasachstan. Anlässlich des Besuchs des Bundespräsidenten in Russland und Kasachstan am 21./22. November 2019 teilte das EFD mit, dass dabei die "Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen" Gesprächsthema sei.

- Welche Entwicklungsmöglichkeiten sieht der Bundesrat vor dem Hintergrund des fortwährenden Völkerrechtsbruchs?
- Besteht dabei kein Widerspruch zu den Vereinbarungen der EFTA?

19.5584 Birrer-Heimo. Wird die Schweiz die systematische Zwangsarbeit im gemischten Ausschuss des FHA China-Schweiz thematisieren?

Im Freihandelsabkommen (FHA) von 2014 verpflichtet sich China zur Einhaltung der ILO-Kernübereinkommen. Die von China praktizierte Zwangsarbeit in der Provinz Xinjiang verstösst dagegen.

- Wird der Bundesrat diesen Vertragsbruch im gemischten Ausschuss des FHA thematisieren?
- Wird er ein bindendes Schiedsverfahren verlangen?
- Wann findet das nächste Treffen des gemischten Ausschusses statt?
- Welche weiteren Konsequenzen sieht der Bundesrat vor, falls China weiter nicht vertragstreu ist?

19.5588 Töngi. Übertriebene Darstellung der Kosten für Wohninitiative im Abstimmungsbüchlein

Gemäss Abstimmungsbüchlein könne die Wohninitiative nur umgesetzt werden, wenn für den Fonds de roulement jährlich 120 Millionen Franken aufgewendet würden. Gemäss Botschaft zur laufenden Erhöhung des Fonds handelt es sich aber nicht um A-Fonds-perdu-Ausgaben, sondern um rückzahlbare verzinsliche Darlehen. Da der Bund Geld günstiger beschafft als er für die Darlehen Zinsen verlangt, macht er ein Geschäft auf der Zinsdifferenz.

Wie hoch war diese in den letzten 10 Jahren?

19.5593 Hurni. Verzerrt die Volksinitiative "Mehr bezahlbare Wohnungen" den Wettbewerb oder setzt sie den Verfassungsauftrag um?

In den Erläuterungen zur Abstimmung vom 9. Februar 2020 schreibt der Bundesrat: "Die Bevorteilung gemeinnütziger Bauträger widerspricht dem marktwirtschaftlichen Verständnis von Wettbewerb".

- Wo liegt der Unterschied zu Artikel 108 der Bundesverfassung, der festhält, dass der Bund die Tätigkeit eben dieser Träger fördert.

Wird mit dieser "Bevorteilung" nicht der Verfassungsauftrag konkretisiert?

Artikel 108 Absatz 2 BV legt fest, dass der Bund die Verbilligung des Wohnungsbaus und der Wohnkosten fördert.

- Wie setzt der Bund diesen Auftrag abgesehen vom Fonds zugunsten des gemeinnützigen Wohnungsbaus um?

19.5594 Estermann. Quantifizierung der Scheinselbstständigkeit in der Schweiz

2006 schrieb das BFS, dass das Phänomen der Scheinselbstständigkeit schwierig zu quantifizieren sei.

- Kann der Bundesrat die Scheinselbstständigkeit seit der Veröffentlichung der Seco Weisung "Vorgehen zur Überprüfung der selbständigen Erwerbstätigkeit von ausländischen Dienstleistungserbringern" im Jahr 2015 (nach Jahr, Branche und Nationalität der betroffenen Arbeitnehmer) genauer quantifizieren?

- Was hat die im November 2016 beschlossene Erhöhung auf 35 000 jährliche Kontrollen gebracht?

19.5599 Dandrès. Ablehnung der Volksinitiative "Mehr bezahlbare Wohnungen" des Mieterverbands (1)

Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative "Mehr bezahlbare Wohnungen" ab und beruft sich dabei auf die Marktwirtschaft: Das Angebot entspreche der Nachfrage. In Bezug auf das Recht auf eine Wohnung steht aber nicht die Frage im Zentrum, ob die Wohnungen vermietet werden können oder nicht. Der Markt richtet sich auf die Nachfrage kaufkräftiger Kreise aus. Wichtig ist aber, dass die Mieterinnen und Mieter bezahlbare Wohnungen finden.

Welchen Anteil des Einkommens wenden die Mieterinnen und Mieter heute für die Miete auf (Mietbelastung)?

19.5600 Dandrès. Ablehnung der Volksinitiative "Mehr bezahlbare Wohnungen" des Mieterverbands (2)

Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative "Mehr bezahlbare Wohnungen" ab und beruft sich dabei auf die Marktwirtschaft: Das Angebot entspreche der Nachfrage. In Bezug auf das Recht auf eine Wohnung steht aber nicht die Frage im Zentrum, ob die Wohnungen vermietet werden können oder nicht. Der Markt richtet sich auf die Nachfrage kaufkräftiger Kreise aus. Wichtig ist aber, dass die Mieterinnen und Mieter bezahlbare Wohnungen finden.

Welchen Anteil des Einkommens sollten die Mieterinnen und Mieter für die Miete höchstens aufwenden müssen (Mietbelastung), damit die Lage zufriedenstellend wäre?

19.5603 Munz. Doppelter Stickstoff- und Ammoniaküberschuss seit 20 Jahren

Die Schweizer Landwirtschaft weist in Bezug auf das in der Schweiz geltende Umweltrecht seit mehr als 20 Jahren, wie auch im europäischen Vergleich zu hohe Stickstoff- und Ammoniakemissionen auf.

Ich bitte den Bundesrat zu dieser Aussage Stellung zu beziehen, die aktuellen Stickstoff- und Ammoniakemissionen zu beziffern (in Zahlen) und diese dem gesetzlich zulässigen Ausstoss gegenüberzustellen.

19.5604 Munz. Soll Eawag und WSL fusioniert werden, obwohl gemäss Bundesrat bezüglich Nachhaltigkeit kein Handlungsbedarf besteht?

Der ETH-Rat hat im September 2019 den strategischen Entscheid gefällt Eawag und WSL zu fusionieren um daraus ein Nachhaltigkeitsinstitut zu bilden. Im August hat der Bundesrat auf meine Motion 19.3612 "ETH zum weltweit führenden Nachhaltigkeitsnetzwerk entwickeln" geantwortet, dass der ETH-Bereich gut auf Kurs sei und keine Massnahmen notwendig seien.

Warum hatte der Bundesrat keine Kenntnis von den Fusionsplänen oder hat sich die Situation in so kurzer Zeit geändert?

19.5607 Schneider Schüttel. Etwas mehr Fakten im Abstimmungskampf zur Volksinitiative "Mehr bezahlbare Wohnungen"!

Sowohl an der Medienkonferenz als auch im Abstimmungsbüchlein zitiert der Bundesrat seltsamerweise keine offizielle Statistik.

Es ist daher wichtig, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Antworten auf folgende Fragen erhalten:

- Wie hoch ist der Anteil der Personen, die in den zehn grössten Schweizer Städten zur Miete wohnen?
- Welche Städte haben einen Leerwohnungsanteil unter 1,5 Prozent und welche unter 2 Prozent?
- Wie beurteilt der Bundesrat die Verfügbarkeit von bezahlbaren Wohnungen in den zehn grössten Städten?

19.5611 Molina. Inkraftsetzung des Freihandelsabkommens mit der Türkei sistieren

Am 18. Oktober hat die WAK-S die Genehmigung eines Abkommens in Steuerfragen mit der Türkei sistiert. Die Kommissionsmehrheit erachtet es "als problematisch, den AIA mit einem Land zu aktivieren, welches in gravierender Weise das internationale Völkerrecht verletzt".

- Teilt der Bundesrat diese politische Beurteilung der WAK-Ständerat?
- Wird er die Ratifizierung und Inkraftsetzung des erneuerten Freihandelsabkommens mit der Türkei ebenfalls sistieren?

19.5614 Friedl Claudia. Bundesrätliche Kritik an international anerkannten wissenschaftlichen Methoden?

Die EAWAG hat in der WAK über die Gefahr gemessener Pestizidrückstände im Wasser informiert und den Handlungsbedarf aufgezeigt. Bundesrat Parmelin hat die EAWAG dafür öffentlich kritisiert und darauf hingewirkt, dass ein Faktenblatt, das der Kommission verteilt wurde, nicht veröffentlicht wurde.

Warum kritisiert der Bundesrat ein wissenschaftliches Institut öffentlich dafür, dass es international anerkannte Messmethoden anwendet?

19.5618 Munz. Pestizide. Entschuldigung des Bundesrates

Die EAWAG hat in der WAK über die Gefahr gemessener Pestizidrückstände im Wasser informiert und den Handlungsbedarf aufgezeigt. Bundesrat Parmelin hat die EAWAG dafür kritisiert und darauf hingewirkt, dass ein Faktenblatt, das der Kommission verteilt wurde, nicht veröffentlicht wird.

Wann entschuldigt sich der Bundesrat bei der Wissenschaft und der Öffentlichkeit dafür, dass er versucht hat, wissenschaftliche Aussagen zu beeinflussen und deren Veröffentlichung zu unterbinden?

19.5620 Birrer-Heimo. Pestizide. Wann wird der Maulkorb des Bundesrates korrigiert?

Die EAWAG hat in der WAK über die Gefahr gemessener Pestizidrückstände im Wasser informiert und den Handlungsbedarf aufgezeigt. Bundesrat Parmelin hat die EAWAG dafür kritisiert und darauf hingewirkt, dass ein Faktenblatt, das der Kommission verteilt wurde, nicht veröffentlicht wird.

Wann wird das Faktenblatt, welches der WAK vorlag, aufgeschaltet, damit die Öffentlichkeit im Hinblick auf anstehende Abstimmungen über umfassende wissenschaftliche Informationen verfügt?

19.5627 Jans. Warum erteilt der Bundesrat Maulkörbe an die Wissenschaft?

Die EAWAG hat in der WAK über die Gefahr gemessener Pestizidrückstände im Wasser informiert und den Handlungsbedarf aufgezeigt. Bundesrat Parmelin hat die EAWAG dafür kritisiert und darauf hingewirkt, dass ein Faktenblatt, das der Kommission verteilt wurde, nicht veröffentlicht wird.

- Warum erteilt der neue Forschungsminister Maulkörbe an die Wissenschaft?
- Auf welcher Gesetzesgrundlage, auf welchem Staatsverständnis fusst seine Einflussnahme?

19.5621 Glättli. Unvollständige Angaben bezüglich der Entwicklung der Mietpreise im Abstimmungsbüchlein Initiative "Mehr bezahlbare Wohnungen"?

1. Teilt der Bundesrat die Aussagen der eidgenössischen Mietpreisstatistik, welche seit Jahren steigende Mietpreise aufzeigt?

2. Warum steht im Abstimmungsbüchlein nicht, dass die Mieten gemäss offiziellem Mietpreisindex stand November 2019 bei 118,2 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 2005 liegen und auch in den letzten Monaten des Jahres 2019 im schweizerischen Schnitt gestiegen sind?

Ist der Bundesrat bereit, diese für die Stimmberechtigten wesentliche fehlende Information öffentlich zu präzisieren?

19.5622 Glättli. Pressekonferenz zur Initiative "Mehr bezahlbare Wohnungen" - warum kommuniziert der Bundesrat nicht die offiziellen Mietpreisstatistiken, die auch heute steigende Mietpreise belegen?

Warum kommunizierte der Bundesrat nicht die offiziellen Mietpreisstatistiken des Bundes (namentlich den Mietpreisindex, welcher Teil des LIK ist), sondern Statistiken privater Anbieter, die nur Angebotsmieten berücksichtigen?

Nach offiziellem Index liegen die Mieten ja bekanntlich (Stand November 2019) bei 118,2 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 2005 (Basis Dezember 2005=100) und die Mieten stiegen auch in den letzten Monaten des Jahres 2019 im schweizerischen Schnitt weiter an.

19.5632 Bendahan. Warum wurde an der Medienkonferenz des Bundesrates zur Abstimmung über die Volksinitiative "Mehr bezahlbare Wohnungen" so viel verschwiegen und Unwahres gesagt?

Der Bundesrat hat an der Medienkonferenz seltsamerweise keine offizielle Statistik zitiert. Es ist daher wichtig, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger Antworten auf folgende Fragen erhalten:

- Wie hat sich der Schweizer Mietpreisindex des Bundesamts für Statistik zwischen dem 1. Januar 2000 und dem 1. Dezember 2019 prozentual entwickelt?
- Stimmt es, dass der Anstieg dieses Indexes in erster Linie auf Mietzinserhöhungen bei Mieterwechseln zurückzuführen ist?
- Wie kann der Bundesrat an der Medienkonferenz also behaupten, dass die "Mieten sinken"?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

19.5577 Bregy. Autoverlad BLS - droht zeitweilige Schliessung des Lötschberg-Scheiteltunnels?

Täglich fahren u.a. bis zu 180 Autozüge durch den Lötschberg-Scheiteltunnel. Nun wird dieser bis Ende 2022 renoviert. Ursprünglich sollte diese Renovation unter Vollbetrieb erfolgen, neuerdings angeblich unter mindestens zeitweiliger Schliessung.

- Muss der Lötschberg-Scheiteltunnel geschlossen werden und allenfalls für wie lange?
 - Wie kann diese wichtige Nord-Süd-Verbindung für den Individualverkehr während der Renovation erhalten werden?
- Welche Massnahmen sind diesbezüglich geplant?

19.5581 Romano. Verbindung zwischen dem Tessin und dem Flughafen Malpensa: Der Bund schränkt das Angebot ein, indem er die Privaten ausschliesst. Ein Vorteil für Flixbus?

Der Bundesrat hat beschlossen, die eidgenössische Konzession für den Linienbusverkehr zwischen dem Tessin und dem Flughafen Malpensa für das Jahr 2020 nicht mehr zu erneuern. Somit wird künftig die SBB die einzige öffentliche Verkehrsverbindung auf dieser Strecke sicherstellen. Flixbus bietet heute täglich Fahrten auf dieser Strecke an (mindestens fünf) zu einem Preis von weniger als zehn Euro.

- Wie stellt der Bundesrat sich zu diesem Konkurrenzangebot?
- Verfügt Flixbus über einer Konzession?
- Wäre es nicht viel logischer, auch einem Schweizer Unternehmen eine Konzession zu erteilen?

19.5582 Romano. Konzession für die Busverbindung zwischen dem Tessin und dem Flughafen Malpensa: Wirtschaftsfreiheit versus staatliche Bevormundung - haben die SBB ein absolutes Monopol?

Der Bundesrat hat beschlossen, die eidgenössische Konzession für den Linienbusverkehr zwischen dem Tessin und dem Flughafen Malpensa für das Jahr 2020 nicht mehr zu erneuern. Somit wird künftig die Bahn die einzige öffentliche Verkehrsverbindung auf dieser Strecke sicherstellen. Dies bedeutet fixe Fahrzeiten, häufige Verspätungen und Streiks.

- Wie rechtfertigt sich diese Einschränkung des Wettbewerbs im öffentlichen Verkehr?
- Wurde den SBB ein absolutes Monopol zugebilligt?
- Ist der Bundesrat sich bewusst, dass er mit der Bevorzugung der SBB der Benutzung von Privatfahrzeugen Vorschub leistet?

19.5587 von Siebenthal. Der Schweizerwald produziert jeden Tag sehr grosse Mengen an einmaligem Holz

Holz als Baustoff, CO₂-Bindung über Jahrzehnte
 Holz als Energieträger, CO₂-neutral
 Kurze Transporte Regionale Wertschöpfung
 Unabhängigkeit Ersatz für Heizöl
 Welche Strategie hat der Bundesrat für diese einmaligen Vorteile auch im Bereich CO₂ auszuschöpfen und zu nutzen?

19.5589 Storni. Platzangebot in den Zügen zwischen dem Tessin und Zürich

Die neuen Giruno-Züge, die auf der Gotthardstrecke eingesetzt werden, verfügen über weniger Plätze als die ICN, obwohl die Nachfrage zunimmt und die Züge oft überfüllt sind.

- Bestätigt der Bundesrat die geringere Anzahl Plätze auf vier Verbindungen ab dem 13. Dezember?
- Mit welchem Passagieraufkommen rechnen die SBB künftig auf der Gotthardstrecke?
- Sieht der Bundesrat keine Notwendigkeit, die Platzzahl zu erhöhen, indem entweder mit doppelstöckigen Zugkompositionen gefahren oder der Fahrplan verdichtet wird?
- Wie wird sich das Platzangebot in den nächsten fünf Jahren entwickeln?

19.5592 Quadri. Sind Tessiner Zugreisende Reisende zweiter Klasse?

Die Qualität des SBB-Angebots auf der Gotthardstrecke hat sich deutlich verschlechtert. Mehrmals mussten Reisende aus den übervollen Zügen aussteigen. Nun wurde bekannt, dass ab dem 15. Dezember auf der Strecke Zürich-Tessin weitere Plätze verloren gehen, da die Giruno-Züge weniger geräumig sind als die heute verkehrenden ICN. Die Tessinerinnen und Tessiner zahlen ihre Billete wie alle anderen, doch scheint es, dass die SBB sie als Reisende zweiter Klasse behandeln. Beabsichtigt der Bundesrat einzugreifen?

19.5601 Regazzi. Publikation 5G-Fachbericht: wie geht es nun weiter?

Ende November wurde der lang erwartete 5G-Fachbericht der Arbeitsgruppe Mobilfunk und Strahlung publiziert.

- Wann will der Bundesrat in Bezug auf die verschiedenen Ausbauoptionen eine Entscheidung treffen?
- Auf welcher Basis wird der Bundesrat seinen Entscheid treffen bzw. in welcher Form wird das Parlament oder die zuständigen Kommissionen einbezogen?

19.5616 Jauslin. Das Schweizer Mobilfunknetz rasch modernisieren

Der Bundesrat will gemäss der Strategie "Digitale Schweiz" die regulatorischen Rahmenbedingungen für den Ausbau und die Erneuerung von Infrastruktur verbessern. Nachdem nun der Bericht der Arbeitsgruppe Mobilfunk und Strahlung vorliegt, stellen sich Fragen:

- Welche Priorität hat ein Mobilfunknetz auf höchstem technischen Stand für den Bundesrat?
- Was unternimmt er um das Mobilfunknetz rasch zu modernisieren?
- Bis wann setzt er die notwendigen Anpassungen der Rahmenbedingungen um?

19.5602 Regazzi. Wie hoch sind die erwarteten Einnahmen aus der Medienabgabe?

Per Anfang 2019 wurde die neue Medienabgabe eingeführt. Bis heute ist nicht bekannt, wie hoch die Einnahmen aus der Abgabe im laufenden Jahr sein werden.

Ich bitte den Bundesrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welcher Betrag wird 2019 durch die erhobene Medienabgabe erwartet?
2. Wie ist das erwartete Verhältnis der Einnahmen durch Haushalte im Vergleich zu jenen durch Unternehmen (2019)?
3. Wie wird die Entwicklung der Einnahmen in den kommenden Jahren (2020, 2021, 2022) eingeschätzt?

19.5605 Schneider Schüttel. Wertvolle Trockenwiesen in Basel - gefährdet durch den Gateway Basel Nord? (1)

- Trifft es zu, dass das vom Projekt Gateway Basel Nord betroffene TWW-Objekt Badischer Bahnhof (232; Anhang 2 TwwV) aufgrund der sehr spezifischen Artenzusammensetzung als Singularität (einzigartig, daher potentiell unersetzbar) zu den wertvollsten Gebieten des nationalen Inventars gehört?

- Ist bei Eingriffen aufgrund der bedeutenden Vernetzungsfunktion des Gebiets für trockenwarme Standorte entlang des Rheins mit negativen Auswirkungen auf die Biodiversität über die Schweizer-Grenze hinaus zu rechnen?

19.5606 Schneider Schüttel. Wertvolle Trockenwiesen - umstrittenes Projekt Gateway Basel Nord (2)

- Ist die Entwicklung der Schiffbarkeit des Rheins im Zusammenhang mit dem Klimawandel wissenschaftlich erhoben worden?

- Ist diese auf längere Zeit in einer Weise gegeben, dass ein Projekt wie Gateway Basel Nord ökonomisch sinnvoll ist?

19.5612 Borloz. Pilotprojekt zu Mobility Pricing in Zug. Wann liegen die Resultate vor?

Anfang 2017 hat das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation dem Kanton Zug die Durchführung eines Pilotprojekts zu Mobility Pricing übertragen. Bis Sommer 2019 sollte die Wirkungsanalyse durchgeführt worden sein. Der Bundesrat sah ausserdem vor, dass in einer späteren Phase mit freiwilligen Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Mobilitätsabgabe getestet werden könnte. Wann plant der Bundesrat, die Resultate des Pilotprojekts im Kanton Zug zu veröffentlichen, und welche nächsten Schritte sind vorgesehen?

19.5615 Töngi. Grenzwerte und Strahlenbelastung

Gemäss Bericht der Arbeitsgruppe Mobilfunk und Strahlung ist die Strahlenbelastung durch Mobilfunkanlagen in der Schweiz mit jener im Ausland vergleichbar. Gleichzeitig wird im Bericht behauptet, durch die Anlagegrenzwerte werde die Strahlung in der Schweiz deutlich strenger begrenzt.

Wie ist dieser Widerspruch zu erklären?

19.5619 Munz. Warum wird der Energieverbrauch von 5G im Bericht des Bafu nicht thematisiert?

Heute werden rund 70 Prozent des mobilen Datenvolumens für Videoanwendungen verwendet, Tendenz steigend. 5G wird mit seinen hohen Datenraten höhere Videoauflösungen sowie augmented reality ermöglichen. Mit der 5G-Technologie wird in den Mobilfunkbasisstationen und Date Center der Energieverbrauch massiv ansteigen.
 - Wie wird der Energieverbrauch der 5G-Technologie für die nächsten Jahre prognostiziert?
 - Warum wurde im Bericht die Auswirkung von 5G auf den Energieverbrauch nicht thematisiert?

19.5631 Bertschy. Stickstoffemissionen. Warum nimmt die Schweiz eine Spitzenposition ein?

Zusammen mit Holland und Belgien gehört die Schweiz zu den flächenbezogen grössten Emittenten von Stickstoff und insbesondere von Ammoniak in Europa.
 Ich bitte den Bundesrat darüber Auskunft zu geben, seit wie vielen Jahren die Schweiz diesbezüglich schon eine Spitzenposition einhält, aus welchem Bereich diese Einträge hauptsächlich stammen und was die Hauptursachen sind für diese hohen Emissionen.

19.5633 Feller. Nachtfahrverbot für schwere gepanzerte Geldtransporter. Ist der Bundesrat bereit, seine Haltung zu überdenken?

Am Abend des 2. Dezembers 2019 wurde im Kanton Waadt erneut ein Geldtransporter überfallen. Laut der Antwort des Bundesrates auf die Motion Feller 19.3425 sollen Geldtransporte aber in gepanzerten schweren Motorwagen weiterhin nachts nicht möglich sein. (Schnittblumen hingegen dürfen nachts mit schweren Motorwagen transportiert werden.)
 Ist der Bundesrat angesichts der Zunahme und der Schwere der Überfälle nicht bereit, seine Haltung zu überdenken?

19.5634 Feller. Zunahme der Überfälle auf Geldkuriere. Ist der Bundesrat bereit, sich an der Suche einer Lösung zu beteiligen?

Am 2. Dezember 2019 wurde im Kanton Waadt erneut ein Geldtransporter überfallen. In den vergangenen Monaten hat die Anzahl von Überfällen auf Geldkuriere dramatisch zugenommen.
 Angesichts dieser Tatsache:
 1. Ist der Bundesrat bereit, sich an der Suche von Lösungen zur Bekämpfung solcher Überfälle zu beteiligen?
 2. Könnte er nicht mindestens vorübergehend (beispielsweise während zweier Jahre) zulassen, dass die Geldkuriere die Transporte mit schweren gepanzerten Fahrzeugen nachts durchführen können.

Justiz- und Polizeidepartement

19.5563 Aeschi Thomas. "Strichli-Liste" von alt Nationalrat Toni Brunner, SVP-Parteipräsident 2008-2016. Anfrage Nummer 12 im vierten Quartal 2019

Die Gegner der Durchsetzungs-Initiative (13.091) prognostizierten jährlich mindestens 4000 Ausschaffungen krimineller Ausländer mit der "pfefferscharfen" Umsetzung der Ausschaffungs-Initiative (09.060) (in Kraft seit 1. Okt. 2016).
 Wie viele der 2017 und 2018 gegen erwachsene Ausländer ausgesprochenen Landesverweise wurden effektiv vollzogen (siehe erfolglose Anfragen im Jahr 2017 (17.5098, 17.5305, 17.5431, 17.5563), 2018 (18.5082, 18.5280, 18.5554, 18.1082) und 2019 (19.5122, 19.5303, 19.5471))?

19.5564 Aeschi Thomas. Eritrea und Afghanistan trotz angeblicher "Asyl-Hardlinerin" Keller-Sutter weiterhin an der Spitze der Schweizer Asylstatistik

Die wichtigsten Herkunftsländer der Asylsuchenden in der Schweiz waren im Oktober 2019 Eritrea, Afghanistan, die Türkei, Syrien und Algerien.
Was unternimmt Bundesrätin Keller-Sutter, damit das 4561 Kilometer entfernte Eritrea und das 5240 Kilometer entfernte Afghanistan nicht weiter die Spitzenplätze der Schweizer Asylstatistik einnehmen?

19.5565 Aeschi Thomas. Massiver Rückgang der Wegweisungsbescheide im Asylwesen

- Wie hoch war die Schutzquote in den Jahren 2008, 2009, 2010, 2011, 2012, 2013, 2014, 2015, 2016, 2017 und 2018?
Gemäss SEM-Asylstatistik lag die Schutzquote 2012 bei 19,2 Prozent (d.h. 80,8% haben einen Wegweisungsbescheid erhalten), während sie 2018 bei 60,8 Prozent lag (d.h. nur noch 39,2% haben einen Wegweisungsbescheid erhalten).
- Ist nicht der Rückgang der Wegweisungsbescheide respektive der Anstieg der Schutzquote der Grund für den Rückgang der SEM-Pendenzen?

19.5566 Aeschi Thomas. Rückweisung von äthiopischen Wirtschaftsmigranten

Seit Januar 2019 ist das Abkommen zwischen der Schweiz und Äthiopien betreffend Personen, die sich irregulär in der Schweiz aufhalten, in Kraft.
- Wie viele Personen wurden seither durch Äthiopien anerkannt?
- Wie viele Ersatzreisedokumente durch die äthiopischen Behörden ausgestellt?
- Wie viele zwangsweise Rückführungen nach Äthiopien wurden seit Januar 2019 durchgeführt?
- Wo im Internet findet sich der Abkommenstext?

19.5578 Büchel Roland. IS-Terroristen auch im St. Galler Rheintal?

Verschiedene Medien berichteten Ende November 2019, dass ein mutmasslicher Dschihadist vor etwa einem halben Jahr in die Schweiz gelangt sei und im Asylzentrum in Altstätten SG gelebt habe. Er sei dann in Kreuzlingen von einem Syrer als IS-Kämpfer erkannt und enttarnt worden.
1. Besteht das Risiko, dass auch Terroristen über die Asylschiene in die Schweiz einreisen?
2. Falls ja, wie wird der Gefahr entgegengewirkt?
3. Wie kam der Mann in die Schweiz?
4. Wo befindet er sich heute?

19.5579 Büchel Roland. Steuerung der Zuwanderung. Abgaben oder Kontingente - welches Konzept ist besser?

Die Steuerung der Zuwanderung muss effizient sein und den Bedürfnissen der Wirtschaft Rechnung tragen. Volkswirtschaftsprofessor Reiner Eichenberger proklamiert das System "Abgaben statt Kontingente". Zuwanderer sollen einen Eintrittspreis entrichten.
1. Wie müsste eine solche Abgabe ausgestaltet sein, damit möglichst nur die gewünschten Arbeitskräfte in die Schweiz einwandern?
2. Wäre eine solche Zuwanderungsabgabe einer Kontingentierung vorzuziehen, falls die Personenfreizügigkeit wegfiel?

19.5590 Meyer Mattea. Ausschaffungen nach Afghanistan: Ein sicheres Herkunftsland?

Seit Jahren befindet sich Afghanistan im Krieg mit der Taliban und dem IS. Es gilt als Herkunftsland mit prekärster Sicherheitslage. Dennoch werden seit einigen Monaten wieder Ausschaffungen unter Zwang nach Afghanistan durchgeführt.

- Wie gelangt der Bundesrat zur Einschätzung, afghanische Asylsuchende könnten trotz der anhaltenden politischen Instabilität und trotz der sich laufend verschlechternden Sicherheitslage vor Ort zurückgeschickt werden?
- Worauf basiert diese Einschätzung?

19.5608 Candinas. Umsetzung des Sprachengesetzes auch bei Familienausweisen sicherstellen

Artikel 12 Absatz 3 des Sprachengesetzes legt fest, dass persönliche Ausweise in den vier Amtssprachen gestaltet werden müssen. Auch der Familienausweis ist ein persönlicher Ausweis und für die einzelnen Familien auch von grosser emotionaler Bedeutung. Dieser sollte deswegen viersprachig ausgestellt werden.

- Wie erklärt der Bundesrat, dass dies heute nicht der Fall ist?
- Was gedenkt er zu tun, damit auch Familienausweise schnellstmöglich viersprachig ausgestellt werden können?

19.5609 Marti Samira. Langfristiges, systematisches und behördlich kontrolliertes Monitoring für Rückkehrende nach Afghanistan

Afghanistan befindet sich seit Jahren im Krieg. Dennoch sei gemäss Bundesrat die zwangsweise Rückkehr wieder möglich. Dies bedeutet, dass ausgeschaffte Rückkehrende wegen ihrer Rückkehr Gewalt ausgesetzt sein können.

- Welche Vorkehrungen unternimmt der Bund, um sicherzustellen, dass den Menschen bei und nach ihrer Ankunft keine Gewalt widerfährt?
- Gibt es ein langfristiges, systematisches und behördlich kontrolliertes Monitoring für Rückkehrende nach Afghanistan oder ist ein solches geplant?

19.5626 Funiciello. Propaganda für den Angriffskrieg durch die türkische Behörde für religiöse Angelegenheiten (Diyanet)

Staatspräsident Erdogan wies kurz nach dem Angriff auf Nordsyrien die Behörde für religiöse Angelegenheiten (Diyanet) der Türkei an, eine Fatwa zu erlassen, weltweit sei in den Moscheen im Freitagsgebet für den Sieg der türkischen Streitkräfte zu beten.

- Wie viele Moscheen in der Schweiz sind von Diyanet mitfinanziert bzw. ihr unterstellt?
- Folgt den Moscheen in der Schweiz der Fatwa, für den Angriffskrieg zu beten?
- Beging die Türkei damit in der Schweiz eine verbotene hoheitliche Handlung?

19.5628 Reimann Lukas. Attraktives Online-Pokerangebot verzögert sich

Ein wichtiges Argument bei der Geldspielgesetz-Abstimmung war, dass dadurch ein attraktives Poker-Angebot ermöglicht werde. Während zahlreiche Kantone kleine Pokerturniere gemäss Gesetzes-Entwürfen ermöglichen wollen, steht auf Ebene Bund noch immer kein legales Online-Pokerangebot zur Verfügung, obwohl Schweizer Casinos entsprechende Kooperationen mit führenden Pokeranbietern beantragt haben. Bis wann ist mit einem Durchbruch für Pokerspieler zu rechnen?

Departement für auswärtige Angelegenheiten**19.5567 Aeschi Thomas. Diskriminierende Massnahmen der EU gegen die Schweiz**

Die EU diskriminiert die Schweiz in Bezug auf die Nichtgewährung der Börsenäquivalenz, in Bezug auf das Ergreifen von den Schweizer Stahlexport in den EU-Raum beeinträchtigenden Massnahmen, in Bezug auf die Nicht-Aktualisierung von Kapitel 4 (Medizinprodukte) des Mutual Recognition Agreements (MRA) per 26. Mai 2020, sowie in weiteren Bereichen.

Was unternimmt der Bundesrat, um diese Diskriminierungen durch die EU zu stoppen?

19.5568 Marti Samira. Kriterien für humanitäre Hilfe der Schweiz

Ende Oktober kommunizierte die Deza, dass 600 Zelte und 500 Armeebetten auf die griechischen Inseln geschickt werden sollen. Das ist eine erfreuliche Nachricht angesichts der katastrophalen Bedingungen für die Schutzsuchenden vor Ort - wenn auch ein Tropfen auf den heissen Stein. Doch scheinen die Zustände im Müllhalde-Lager in Vucjak (Bosnien) vor der kroatischen EU-Aussengrenze genauso prekär.

- Nach welchen Kriterien werden Hilfsgüter heute verteilt?
- Wie kann die Schweiz Vucjak unterstützen?

19.5570 Molina. "China Cables". Welche Auswirkungen haben die neuesten Enthüllungen auf die Schweizer China-Politik?

Ende November enthüllte das Mediennetzwerk ICIJ die sogenannten "China Cables". Die Enthüllungen dokumentieren detailliert systematische Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die chinesische Regierung, die bereits vorher vermutet wurden.

- Wie beurteilt der Bundesrat die "China Cables"?
- Wie hat er darauf reagiert?
- Welche Auswirkungen haben die Berichte auf die China-Politik der Schweiz?
- Welche Ziele setzt sich der Bundesrat?
- Welche Massnahmen ergreift er?

19.5571 Molina. Wurde der Menschenrechtsdialog mit China ausgesetzt?

Die Schweiz führt seit 1991 einen bilateralen Menschenrechtsdialog mit China. Medienberichte und Verlautbarungen der chinesischen Botschaft kolportieren nun, dass der Menschenrechtsdialog auf Grund des Engagements der Schweiz im Uno-Menschenrechtsrat sistiert wurde.

- Ist dies zutreffend?
- Falls ja: Wann und mit welcher Begründung fand dieser Abbruch statt?
- Wie reagiert der Bundesrat darauf?
- Falls nein: Wann findet die nächste Gesprächsrunde statt?

19.5573 Molina. Potentielle libanesische Potentatengelder auf Schweizer Bankkonten

Im Libanon mehren sich Hinweise und Vorwürfe, dass sich auf Schweizer Bankkonten grosse Mengen libanesischer Potentatengelder befinden.

- Ist sich der Bundesrat dieser Situation bewusst?
- Haben die Schweizer Banken ihre Sorgfaltspflichten im Zusammenhang mit libanesischen PEP vollumfänglich erfüllt?
- Laufen dazu Verfahren?
- Weshalb erachtet der Bundesrat die Voraussetzungen eine vorsorgliche Sperrung potentieller libanesischer PEP-Gelder gemäss Potentatengeldergesetz als nicht gegeben?

19.5585 von Siebenthal. Zuerst Suspendierung, dann Rücktritt des UNRWA-Generalkommissars

Am 6. November ist der UNRWA-Generalkommissar Pierre Krähenbühl zurückgetreten. Vorgängig ist er jedoch vom Uno-Generalsekretär suspendiert worden.

1. Ist das EDA vom Uno-Generalsekretär oder von Pierre Krähenbühl im Vorfeld über die Suspendierung in Kenntnis gesetzt worden?
2. Hat Pierre Krähenbühl das EDA von seinen Rücktrittabsichten am gleichen Tag vorab informiert?

19.5586 von Siebenthal. Nach Rücktritt des Generalkommissars - wie weiter mit der UNRWA?

Am 6. November 2019 ist der Generalkommissar der UNRWA Pierre Krähenbühl nach vorheriger Suspendierung zurückgetreten. Die Uno-interne Untersuchung wird weitergeführt.

1. Bis wann will der Bundesrat seine Schlussfolgerungen aus dem Untersuchungsbericht (angekündigt auf Ende November 2019) ziehen, dies mit Blick auf die aussenpolitische Strategie des Bundes?
2. Teilt der Bundesrat die Befürchtung, dass nun die dringenden Korrekturen am Kurs der UNRWA auf die lange Bank geschoben werden?

19.5597 Friedl Claudia. Völkerrechtliche Beurteilung der "Sicherheitszone" und des Bevölkerungsaustauschs in Nordsyrien

Der Bundesrat hat die militärische Intervention der Türkei in Syrien verurteilt; er erachtet sie "als Verstoß gegen die Uno-Charta und somit als völkerrechtswidrig".

- Wie beurteilt der Bundesrat völkerrechtlich die Einrichtung einer "Sicherheitszone" durch die Türkei in Nordsyrien?
- Wie viele Personen haben die Türkei und mit ihr verbündete Milizen in Nordsyrien bisher vertrieben?
- Wie beurteilt er diese Vertreibungen und den Versuch der Türkei, dort syrische Flüchtlinge anzusiedeln?

19.5598 Friedl Claudia. Wann folgt das MoU zu Menschenrechten mit China

Im April 2019 unterzeichnete Bundespräsident Ueli Maurer ein Memorandum of Understanding (MoU) zur "Belt and Road"-Initiative (BRI). Nach dem Bekanntwerden der "China Cables" stellt sich die Frage der Menschenrechte im Zusammenhang mit China mit neuer Dringlichkeit.

- Wann folgt das MoU zu Menschenrechten?
- Wie verhindert der Bundesrat, dass es bei der Schweizer Kooperation entlang der BRI nicht zu Zwangsarbeit kommt?
- Wie beurteilen befreundete Staaten das Vorgehen der Schweiz bei der BRI?

19.5610 Molina. Rahmen zur Rückführung neuer beschlagnahmter kasachischer Gelder

Am 24. Juni 2019 teilte die Bundesanwaltschaft mit, dass sie 130 Millionen Franken von einem Verwandten von Gulnara Karimova beschlagnahmt hat.

- Wird sich der Bund zu einem verantwortungsbewussten, opferorientierten Rückführungsrahmen verpflichten?
- Werden die Mittel vollständig für die nachhaltige Entwicklung der betroffenen Bevölkerung verwendet?
- Wird die kasachische Zivilgesellschaft an der Ausarbeitung des Rahmens für die Vermögensrückgabe beteiligt?

19.5617 Fehlmann Rielle. Neue Unruhen im Iran. Wie reagiert die Schweiz?

Seit dem 15. November 2019 kommt es zu neuen Unruhen in der islamischen Republik Iran gegen das theokratische Regime. Mehrere Hundert Personen sind im Kugelhagel der Sicherheitskräfte bereits ums Leben gekommen, Tausende wurden verletzt, und Tausende weitere inhaftiert. Kommunikationswege wurden gekappt - namentlich wurde das Internet blockiert -, um die Bevölkerung von der übrigen Welt zu isolieren. Warum schweigt die Schweiz angesichts dieser schweren Menschenrechtsverletzungen?

19.5625 Crottaz. Die UNO und die russischen Kriegsverbrechen in Syrien

Die New York Times hat neue, beunruhigende Beweise dafür vorgelegt, dass die russische Luftwaffe weiterhin Spitäler in der Provinz Idlib bombardiert, das letzte Mal am 6. November 2019 bei einem Angriff auf das Spital Kafr Nabl im Nordwesten Syriens, das bereits am 5. Mai 2019 Opfer einer Attacke war.

- Wo stehen die Untersuchungen der UNO in dieser Sache?
- Wie unterstützt die Schweiz Untersuchungen zu solchen Kriegsverbrechen?
- Welche Massnahmen hat der Bundesrat gegen Russland ergriffen?

Büro**19.5624 Pieren. Kosten Stillzimmer**

Gemäss der Zeitung "Blick" kostet das Stillzimmer im Bundeshaus 90 000 Franken. Bitte legen Sie die detaillierten Kosten offen (Liste mit detaillierten Ausgaben).

- Finden Sie diese extrem hohen Ausgaben gerechtfertigt?
- Wie begründen Sie diese Kosten gegenüber einer Familie mit mittlerem Einkommen, welche für die Einrichtung für Wickeltisch und Sitzgelegenheit ein paar hundert Franken zur Verfügung hat?
- Finden Sie diese Ausgaben gegenüber den Steuerzahlenden nicht auch berrissen?